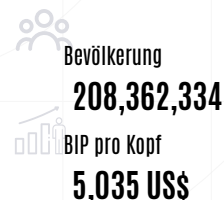
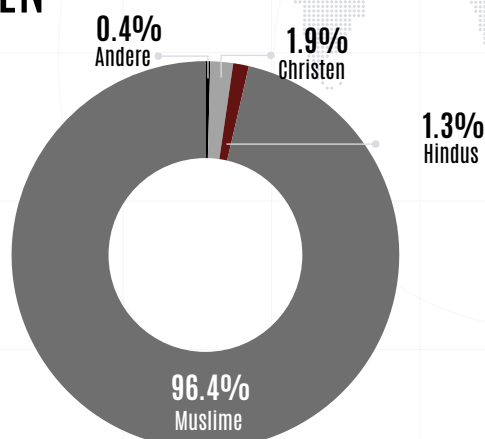




PAKISTAN

RELIGIONEN



DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie der Internationale Gerichtshof betrachten die palästinensischen Gebiete als von Israel besetzte Gebiete.¹ Sie liegen außerhalb der 1949 vereinbarten Waffenstillstandslinien des Staates Israel und kamen im Juni 1967 unter israelische Kontrolle: Ost-Jerusalem, Westjordanland und Gaza. 1993 vereinbarten Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Rahmen des sogenannten Oslo-Friedensprozesses ihre formelle gegenseitige Anerkennung. Ein Jahr später wurde die palästinensische Autonomiebehörde gegründet, die die Verwaltung bestimmter Gebiete des Westjordanlands und Gazas, nicht aber Ost-Jerusalems übernahm, das der Staat Israel als Teil seiner Hauptstadt betrachtet und über das die Autonomiebehörde keinerlei Kontrolle hat.

Bilaterale Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern über die Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel blieben erfolglos. 2005 zog sich Israel aus dem Gazastreifen zurück, kontrolliert aber nach wie vor den Zugang zu diesem Gebiet. Die radikal-islamische

Hamas-Partei übernahm 2007 die politische Kontrolle über den Gazastreifen. Seitdem sind die palästinensischen Gebiete verwaltungsmäßig geteilt: auf der einen Seite das Westjordanland, das der international anerkannten Autonomiebehörde in Ramallah untersteht, und auf der anderen Seite der Gazastreifen, der unter der Herrschaft der Hamas steht. Zwischen Israel und der Hamas kam es seitdem immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Im November 2012 wurde Palästina von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Beobachterstaat ohne Mitgliedsstatus anerkannt.²

Palästina wird heute von 139 Staaten, auch vom Heiligen Stuhl, anerkannt.³ 2015 unterzeichneten der Heilige Stuhl und Palästina einen Grundlagenvertrag,⁴ der im Januar 2016 vollständig in Kraft trat. Er regelt wesentliche Aspekte des Lebens und Wirkens der Katholischen Kirche in Palästina, der unter anderem das Recht zugesprochen wird, im palästinensischen Gebiet tätig zu sein. Das Abkommen sichert Christen das Recht auf freie Glaubensausübung und vollumfängliche Teilhabe an der Gesellschaft zu.

Die Palästinenser sind überwiegend sunnitische Muslime. Darüber hinaus gibt es in den Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem eine angestammte Gemeinschaft von

rund 50.000 Christen und eine kleine Gemeinschaft von rund 400 Samaritanern, die in der Nähe von Nablus leben. Etwa 500.000 jüdische Siedler leben in den palästinensischen Gebieten und Ost-Jerusalem in Siedlungen, die völkerrechtlich als illegal eingestuft werden.

Palästina hat noch keine dauerhafte Verfassung, sondern ein sogenanntes Grundgesetz.⁵ Diese Bezeichnung soll den vorläufigen Charakter des Dokuments zum Ausdruck bringen. In Artikel 4 heißt es: „Der Islam ist die offizielle Religion Palästinas. Die Heiligkeit aller anderen ‚göttlichen Religionen‘ ist zu wahren. Die Grundsätze der islamischen Scharia sind die Hauptquelle der Gesetzgebung.“ Nach Artikel 9 sind alle Palästinenser unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, politischen Überzeugungen oder einer Behinderung vor dem Gesetz und vor Gericht gleich. Laut Artikel 18 hat jeder das Recht auf Glaubensfreiheit, freie Glaubensausübung und freie Ausübung religiöser Ämter, soweit die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit dadurch nicht gestört werden. Artikel 101 besagt, dass alle Angelegenheiten der Scharia und Personenstandsangelegenheiten im Rahmen des geltenden Rechts in den Zuständigkeitsbereich von Schariagerichten bzw. religiösen Gerichten fallen.

Es ist gesetzlich nicht ausdrücklich verboten, vom Islam zu konvertieren. Aufgrund des starken gesellschaftlichen Drucks kommt es aber praktisch nicht vor. Das Missionieren ist hingegen verboten.

Gemäß einem Präsidentenerlass aus dem Jahr 2017 müssen den Stadträten von Ramallah, Bethlehem, Bait Dschala und anderen Städten palästinensische Christen vorstehen, auch wenn Christen in diesen Städten nicht die Mehrheit bilden.⁶ Ein weiterer Erlass aus dem Jahr 2005 sieht vor, dass sechs von 132 Sitzen im palästinensischen Legislativrat Christen vorbehalten sind.⁷ Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat zudem christliche Minister und Berater ernannt. Auch im Außenministerium und in der Verwaltung der Autonomiebehörde sind Christen tätig. Laut einem Präsidentenerlass aus dem Jahr 2008 sind 13 Glaubensgemeinschaften offiziell anerkannt. Dazu gehören die Römisch-Katholische, die Griechisch-Orthodoxe und die Armenisch-Apostolische Kirche. Für Personenstandsangelegenheiten wie Eheschließungen, Scheidungen und Erbsachen sind Kirchengenichte zuständig. Es gilt das jeweilige Kirchenrecht. Andere, überwiegend evangelikale, Kirchen sind nicht offiziell registriert, können

aber frei agieren. Ihnen stehen im Hinblick auf Personenstandsangelegenheiten jedoch nicht die gleichen Rechte wie den offiziell anerkannten Kirchen zu. 2019 wurde der Rat der Lokalen Evangelischen Kirchen in Palästina rechtlich anerkannt.⁸

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Juli 2018 rief der Hamas-Politiker Fathi Hammad in einer Rede in der Großen Omari-Moschee die Muslime auf, alle Juden zu töten: „Oh Muslime, wo auch immer ihr einen zionistischen Juden findet, müsst ihr ihn töten, weil ihr damit eure Solidarität mit der Al-Aqsa-Moschee und (...) eurem Jerusalem, eurem Palästina und (...) eurem Volk zum Ausdruck bringt.“⁹

Im Oktober 2018 nahmen israelische Sicherheitskräfte zwei Palästinenser fest, die verdächtigt wurden, eine Rohrbombe auf die heilige Stätte „Rachelsgrab“ in der Nähe von Bethlehem geworfen zu haben, wo die Bilalbin-Rabah-Moschee steht. Die heilige Stätte befindet sich zwar auf palästinensischem Gebiet, wurde aber durch die Errichtung israelischer Sicherheitsanlagen vom übrigen Westjordanland abgeschnitten.¹⁰ Juden, Christen und Muslime betrachten das Grab als heilige Stätte.

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Middle Eastern Concern werden Einreisegenehmigungen für Christen aus Gaza, die zu Weihnachten die heiligen Stätten in Israel besuchen möchten, seit 2018 nur noch Personen erteilt, die älter als 55 Jahre sind.¹¹

Die christliche Rechtsanwältin Haya Bannoura aus Bait Sahur erhielt die Zulassung für die Vertretung von Mandanten vor palästinensischen Schariagerichten. Erteilt wurde die Zulassung vom Vorsitzenden des Obersten Rates für Islamisches Recht, Mahmoud al-Habbash, der betonte, dass „das palästinensische Volk geschlossen zusammenhält und dass palästinensische Christen Teil des gesellschaftlichen Gefüges des Landes sind“.¹²

Trotz der viel beschworenen Einheit der Palästinenser können die Beziehungen zwischen palästinensischen Muslimen und Christen mitunter schwierig sein. Im April 2019 kam es in der christlich geprägten Stadt Jifna bei Ramallah zu Spannungen wegen eines Zwischenfalls auf der Straße, an dem ein junger Mann mit familiären Verbindungen zur regierenden Fatah-Partei beteiligt war. Als die Polizei ihn festnahm, wurden eine Christin und wei-

tere Bewohner von Jifna von einem Mob bedroht. Die Aufrührer zerstörten Eigentum, schossen in die Luft und beschimpften und beleidigten die Bewohner. Nach einer Intervention des palästinensischen Premierministers Mohammad Shtayyeh, der Gouverneurin von Ramallah, Laila Ghannam, und der Sicherheitskräfte aus al-Bireh vereinbarten die streitenden Parteien schließlich ein Versöhnungsabkommen und die entstandenen Schäden wurden repariert.¹³

Nachdem der Hamas-Führer Fathi Hammad erneut die Palästinenser dazu aufgerufen hatte, „alle Juden abzuschlachten“, falls Israel die Blockade des Gazastreifens nicht beenden sollte, distanzierte sich die Islamische Widerstandsbewegung im Juli 2019 von ihm. In einer Erklärung ließ die Hamas wissen, dass Hammads Ansichten „nicht den offiziellen Positionen der Bewegung entsprechen“ und dass sie gegen die israelische Besatzung, nicht gegen die Juden oder ihre Religion kämpfe.¹⁴ Später erklärte Hammad, er akzeptiere das politische Ziel der Hamas, die Situation in den Gebieten unter „zionistischer Besatzung“ zu verbessern.¹⁵

Im Juli 2019 entschärften die israelischen Verteidigungsstreitkräfte eine Rohrbombe, die bei der Vorbereitung des Besuchs von 1.200 jüdischen Gläubigen am Josefsgrab in Nablus gefunden worden war. Medienberichten zufolge kam es zu Unruhen, als sich die Gläubigen der heiligen Stätte näherten. Palästinensische Demonstranten steckten Reifen in Brand und bewarfen die Streitkräfte mit Steinen.¹⁶

Im September 2019 zerstörten israelische Sicherheitskräfte in Jabal Jares, Gouvernement Hebron, eine Moschee und ein Haus, an deren Errichtung noch gearbeitet wurde. Etwa 300 Menschen waren von der Zerstörung der Moschee betroffen, wie das Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHD) berichtete.¹⁷

Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas kritisierte die USA und Israel wegen ihrer Haltung zur Jerusalem-Frage und zur Zugänglichkeit der heiligen Stätten. In seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York erklärte er 2019: „In Ost-Jerusalem führt die Besatzungsmacht einen rücksichtslosen, rassistisch motivierten Krieg gegen alles Palästinensische. Sie beschlagnahmt und zerstört Wohnhäuser, greift Geistliche an, vertreibt unsere Bürger aus ihren Häusern, verletzt die

Heiligkeit der Al-Aqsa-Moschee und der Grabeskirche, erlässt rassistische Gesetze und verweigert Gläubigen den Zugang zu den heiligen Stätten.“¹⁸ An die Vereinigten Staaten richtete er sich mit den Worten: „Die US-Regierung hat zu extrem aggressiven, widerrechtlichen Maßnahmen gegriffen, indem sie Jerusalem zur sogenannten Hauptstadt von Israel erklärt und ihre Botschaft dorthin verlegt hat. Damit hat sie unverfroren die Gefühle von mehreren hundert Millionen Muslimen und Christen verletzt, für die Jerusalem ein Ort von größter religiöser Bedeutung ist.“¹⁹ Eine Umfrage des Meinungsforschungsnetzwerks Arab Barometer²⁰ zum Thema Scharia ergab, dass 53 Prozent der Palästinenser eine Gesetzgebung bevorzugen, die größtenteils oder ganz auf der Scharia beruht. Etwa 45 Prozent der Befragten im Westjordanland und 51 Prozent der Teilnehmer in Gaza sind der Auffassung, dass eine Regierung, die sich auf die Scharia beruft, vor allem nicht korrupt sein darf. 32 Prozent der Befragten im Westjordanland und in Gaza gaben an, dass grundlegende Aufgaben des Gesundheitswesens, der Bildung, der Müllentsorgung und der Straßeninstandhaltung von der Regierung wahrgenommen werden müssen. Nur 8 Prozent der Teilnehmer im Westjordanland und 14 Prozent in Gaza sind der Meinung, dass es ein wesentlicher Aspekt der Scharia sei, mit körperlichen Strafen die Einhaltung von Gesetzen zu erzwingen.²¹

Am 3. November 2019 erhielt der Rat der Lokalen Evangelischen Kirchen in Palästina die staatliche Anerkennung. Wie der Präsident des Rates, Munir Kakish, erklärte, sind die Mitgliedskirchen damit berechtigt, zivilrechtliche Angelegenheiten selbst zu verwalten: „Jetzt können die evangelischen Kirchen Heiratsurkunden ausstellen, Bankkonten eröffnen und im eigenen Namen Eigentum erwerben.“²²

Im November 2019 verurteilte die Versammlung der katholischen Ordinarien des Heiligen Landes einen Fall von Vandalismus im christlich-palästinensischen Dorf Taybeh, wo eine Wand mit antiarabischen Schmierereien in hebräischer Sprache besprüht und ein Auto in Brand gesteckt wurde. In ihrer Erklärung schrieben die katholischen Ordinarien: „Wir verurteilen diesen rassistisch motivierten Vandalismus aufs Schärfste. Wir fordern die israelischen Behörden zudem auf, diese offenkundigen Hassverbrechen zu untersuchen und die Verantwortlichen und diejenigen, die zu solchen Taten anstiften, so schnell wie möglich vor Gericht zu stellen.“²³

Im Dezember 2019 riefen führende Kirchenvertreter in Jerusalem die israelischen Behörden auf, einigen hundert Christen aus Gaza zu Weihnachten den Besuch in Bethlehem, Nazareth und Jerusalem zu gestatten. Wegen angeblicher Sicherheitsbedenken weigerten sich die israelischen Behörden zunächst, die entsprechenden Einreisegenehmigungen zu erteilen.²⁴ Doch kurz vor dem 25. Dezember lenkten sie ein²⁵ und erlaubten einigen Christen aus Gaza die Einreise ins Westjordanland. Weniger als die Hälfte der Antragsteller erhielt ein solches Visum.²⁶

Nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie im März 2020 ordneten die palästinensischen Behörden und die Glaubensgemeinschaften die Schließung von Kirchen und Moscheen an.²⁷ Im Mai 2020 gaben die Oberhäupter der drei Glaubensgemeinschaften, von denen die Geburtskirche in Bethlehem verwaltet wird, bekannt, dass die heilige Stätte ab dem 26. Mai wieder für die Gläubigen geöffnet werde.²⁸

Im Oktober 2020 veröffentlichte die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Philos Project die Ergebnisse einer Studie, wonach annähernd 59 Prozent der palästinensischen Christen schon einmal darüber nachgedacht haben, aus wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen. Eine große Mehrheit (84 Prozent) äußerte die Sorge, dass Israel die Palästinenser vertreiben könnte. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten (83 Prozent) hat Angst vor Übergriffen jüdischer Siedler und befürchtet, dass Israel ihre Bürgerrechte beschneiden könnte. Annähernd 77 Prozent der Befragten fürchten sich auch vor radikalen Salafistengruppen in Palästina. Knapp die Hälfte der Befragten glaubt, dass die meisten Muslime ihre Anwesenheit missbilligen (43 Prozent) und dass sie bei der Arbeitssuche diskriminiert werden (44 Prozent).²⁹

Rund um den jüdischen Neujahrstag im September 2020 hinderten israelische Sicherheitskräfte muslimische Gläubige über mehrere Tage daran, sich in der Ibrahim-Moschee in Hebron zum Gebet zu versammeln. Dies geschah, um jüdischen Besuchern Gelegenheit zu geben, darin zu beten.³⁰ Die Moschee liegt über den Gräbern mehrerer Erzväter, die von Juden, Christen und Muslimen verehrt werden. Sie wird daher zugleich als Synagoge genutzt.

Im Oktober 2020 forderten 21 Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Europäische Union müsse bei den palästinensischen Behörden darauf drängen, dass antisemitische und dschihadistische Hetze aus palästinensischen Schulbüchern verschwindet.³¹ In einem Schreiben an den

Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik forderten die Abgeordneten eine Überprüfung der palästinensischen Schulbücher und entsprechende Maßnahmen. Sie wiesen darauf hin, dass palästinensische Lehrkräfte von der EU bezahlt würden und dass die Lehrbücher offenbar „antisemitische Texte und Bilder, Hetze und Aufrufe zu Gewalt, Märtyrertum und Dschihad enthalten“. Daher forderten die Abgeordneten die Kommission auf, einen Teil der Finanzhilfen für die Schulbildung in Palästina zurückzuhalten.³²

Im Oktober 2020 nahm Erzbischof Atallah Hanna vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat in Jerusalem als ranghöchster christlicher Geistlicher an einer gemeinsamen Demonstration von Christen und Muslimen in Bethlehem teil. Die Proteste richteten sich gegen die erneute Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen im französischen Satiremagazin Charlie Hebdo.³³

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Palästina ist eine staatliche Einheit ohne säkularen Charakter, deren Staatlichkeit völkerrechtlich umstritten ist. Die Religionsfreiheit der Bürger Palästinas ist rechtlich und gesellschaftlich eingeschränkt.

Nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften, die behördlich anerkannt sind, können vergleichsweise frei agieren. Vor allem im Westjordanland, das der Autonomiebehörde unterstellt ist, gelten die Christen als Teil des palästinensischen Volkes, das unter der Besatzung Israels steht. Palästinensische Christen teilen diese Sichtweise. Öffentliche Ämter und Führungspositionen stehen ihnen offen.

In Gaza, das von der radikal-islamischen Hamas kontrolliert wird, werden die wenigen verbliebenen orthodoxen und katholischen Christen toleriert, wobei der Religionszugehörigkeit hier noch mehr Bedeutung beigemessen wird. Aus wirtschaftlicher Not und aufgrund der ständigen Gefahr militärischer Auseinandersetzungen mit Israel verlassen noch immer viele Christen das Gebiet. Christen und Muslime aus dem Westjordanland und aus Gaza können ihre heiligen Stätten in Israel, in Ost-Jerusalem und im Westjordanland nicht ungehindert besuchen. Generell hat sich die Lage der Religionsfreiheit nicht verändert und es bestehen kaum Aussichten auf eine positive Entwicklung.

- 1 „The Question of Palestine and the Security Council“, Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, <https://www.un.org/unispal/data-collection/security-council/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 2 „General Assembly Votes Overwhelmingly to Accord Palestine ‘Non-Member Observer State’ Status in United Nations“, UN-Vollversammlung, 29. November 2012, <https://www.un.org/press/en/2012/ga11317.doc.htm> (abgerufen am 10. November 2020).
- 3 „Diplomatic Relations“, Permanent Observer Mission of the State of Palestine to the United Nations New York, 8. November 2020, <https://palestineun.org/about-palestine/diplomatic-relations/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 4 „Comprehensive Agreement between the Holy See and the State of Palestine“, Bilateral Treaties of the Holy See, https://www.iuscangreg.it/accordi_santa_sede.php?lang=EN (abgerufen am 18. November 2020).
- 5 „2003 Amended Basic Law“, The Palestinian Basic Law, <http://www.palestinianbasiclaw.org/basic-law/2003-amended-basic-law> (abgerufen am 10. November 2020); Palestine 2003 (rev. 2005), Constitute Project, https://www.constituteproject.org/constitution/Palestine_2005?lang=en (abgerufen am 18. November 2020).
- 6 Office of International Religious Freedom, „Israel - West Bank and Gaza“, 2019 Report on International Religious Freedom, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/israel/west-bank-and-gaza/> (abgerufen am 18. November 2020).
- 7 Ibid.
- 8 Ibid.
- 9 Adam Rasgon, „ Hamas official urges killing all Zionist Jews, praises ‘peaceful’ Gaza protests“, The Times of Israel, 26. Juli 2018, <https://www.timesofisrael.com/hamas-official-urges-killing-of-zionist-jews-praises-peaceful-gaza-protests/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 10 Michel Bachner, „IDF arrests two in pipe bomb attack on Jewish shrine in West Bank“, The Times of Israel, 4. Oktober 2018, <https://www.timesofisrael.com/firebomb-hurled-at-idf-soldiers-in-west-bank-as-13-suspects-arrested-in-raids/> (abgerufen am 1. November 2020).
- 11 „Palestine: Travel permits refused for most Gazan Christians“, Middle East Concern, 10. Dezember 2018, <https://www.meconcern.org/2018/12/10/palestine-travel-permits-refused-for-most-gazan-christians/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 12 „Palestinian Christian lawyer granted license to practice in Islamic religious courts“, Agenzia Fides, 2. März 2019, http://www.fides.org/en/news/65655-ASIA_PALESTINE_Palestinian_Christian_lawyer_granted_license_to_practice_in_Islamic_religious_courts (abgerufen am 1. November 2020).
- 13 Daoud Kuttab, „Is the Palestinian social fabric at risk of tearing?“ Al Monitor, 3. Mai 2019, <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/05/palestinian-christians-muslims-tension-unity.html> (abgerufen am 13. Oktober 2020).
- 14 „ Hamas rejects official’s call to ‘slaughter Jews’“, Israel Hayom, 15. Juli 2019, <https://www.israelhayom.com/2019/07/15/hamas-official-calls-on-palestinians-across-the-globe-to-slaughter-jews/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 15 Adam Rasgon, „ Hamas official walks back call to Palestinian Diaspora to kill ‘Jews everywhere’“, The Times of Israel, 15. Juli 2019, <https://www.timesofisrael.com/hamas-distances-itself-from-official-who-urged-murder-of-jews-everywhere/> (abgerufen am 20. Februar 2021).
- 16 Tzvi Joffe, „ Terrorist attack prevented as 1,200 worshippers visit Joseph’s Tomb“, Jerusalem Post, 30. Juli 2019, <https://www.jpost.com/arab-israeli-conflict/terrorist-attack-prevented-as-1200-worshippers-visit-josephs-tomb-597138> (abgerufen am 1. November 2020).
- 17 „September 2019 Demolition and Displacement Report“, Israeli Committee Against House Demolitions, 3. Oktober 2019, <https://icahd.org/2019/10/03/september-2019-demolition-and-displacement-report/> (abgerufen am 1. November 2020).
- 18 „Palestine at the UN, Statement by H.E. Mr. Mahmoud Abbas, President of the State of Palestine, Delivered before the United Nations General Assembly 74th Session on 26th September 2019“, Permanent Observer Mission of The State of Palestine to the United Nations New York, <https://palestineun.org/statement-by-h-e-mr-mahmoud-abbas-president-of-the-state-of-palestine-delivered-before-the-united-nations-general-assembly-74th-session-on-26-september-2019/> (abgerufen am 1. November 2020).
- 19 Ibid.
- 20 Palestine Country Report, Arab Barometer, <https://www.arabbarometer.org/wp-content/uploads/palestine-report-public-opinion-2019.pdf> (abgerufen am 10. November 2020).
- 21 Ibid.
- 22 Munir Kakish, „Palestinian evangelicals achieve legal recognition“, European Baptist Organisation, <http://www.ebf.org/failid/File/2019%20News/Recognition%20of%20Palestinian%20Evangelicals.pdf> (abgerufen am 1. November 2020).
- 23 „Recent racist acts of vandalism“, Latin Patriarchate of Jerusalem, 29. November 2019, https://www.lpj.org/posts/catholic-ordinaries-condemn-recent-vandalism-in-palestinian-village-of-taybeh-5e4723f052094.html?s_cat=1004 (abgerufen am 13. Oktober 2020).
- 24 „For Gaza Christians, no Christmas travels to Bethlehem and Jerusalem“, Catholic News Agency, 13. Dezember 2019, <https://www.catholicnewsagency.com/news/for-gaza-christians-no-christmas-travels-to-bethlehem-and-jerusalem-24532> (abgerufen am 15. Oktober 2020).
- 25 Jeffrey Heller, „Israel reverses ban, Gaza Christians can visit Christmas sites“, Reuters, 22. Dezember 2019, <https://www.reuters.com/article/us-israel-palestinians-gaza-christmas/israel-reverses-ban-gaza-christians-can-visit-christmas-sites-idUSKBN1YQ0L9?feedType=RSS&> (abgerufen am 15. Oktober 2020).
- 26 „Gaza Christians say few Israeli permits granted for Christmas travel“, Reuters, 24. Dezember 2019, <https://www.reuters.com/article/us-christmas-season-israel-palestinians-idUSKBN1YS0XB> (abgerufen am 10. November 2020).
- 27 Mussa Qawasma, „Palestinians declare coronavirus emergency as Church of the Nativity closed“, Reuters, 5. März 2020, <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-palestinians-idUSKBN20S17R> (abgerufen am 20. Februar 2021).

- 28 „Statement regarding the reopening of the Basilica of Nativity“, Custodia, 25. Mai 2020, <https://www.custodia.org/en/news/statement-regarding-reopening-basilica-nativity> (abgerufen am 13. Oktober 2020).
- 29 Matt Hadro, „Why are Christians leaving Palestinian territories?“ Catholic News Agency, 19. Juni 2020, <https://www.catholicnewsagency.com/news/why-are-christians-leaving-palestinian-territories-94336> (abgerufen am 13. Oktober 2020).
- 30 „Hebron: Ibrahimi Mosque closed by Israeli forces for second day in a row“, Al Monitor, 21. September 2020, <https://www.middleeastmonitor.com/20200921-hebron-ibrahimi-mosque-closed-by-israeli-forces-for-second-day-in-a-row/> (abgerufen am 1. November 2020).
- 31 „Ending incitement in Palestinian Authority textbooks“, European Parliament, 7. Oktober 2020, https://drive.google.com/file/d/1vHCgWbSNq8h0bP_G7BhJl7cdKl1FscWW/view (abgerufen am 10. November 2020).
- 32 Ibid.
- 33 „Bethlehem: Christians and Muslims together against Mohammed cartoons“, Agenzia Fides 29. Oktober 2020, <http://www.fides.org/en/news/68933> (abgerufen am 1. November 2020).